

[⟨ Zurück zur Website](#)

E-ID-Gesetz: Abstimmungs-Beschwerde eingereicht

22. Februar 2021 · Blogpost

Das Referendumskomitee hat am 22. Februar 2021 eine Abstimmungsbeschwerde gegen Bundesrätin Keller-Sutter und Ständerat Germann eingereicht. Aus Sicht des Komitees ist das E-ID-Gesetz steht fest, dass an der Medienkonferenz des Bundesrates vom 14. Januar 2021 falsche Tatsachen verbreitet wurden.

In der [Beschwerde](#) wird Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hannes Germann vor die politischen Rechte der Stimmberechtigten, insbesondere die Abstimmungsfreiheit sowie Garantie der freien Willensbildung und der unverfälschten Stimmabgabe verletzt zu haben (Art. 2 Abs. 2 Bundesverfassung).

Behörden sind bei Abstimmungsvorlagen generell zur Sachlichkeit verpflichtet. Sie verletzt zu objektiver Information, wenn Behörden über den Zweck und die Tragweite der Vorlage fälschen. Wichtige Informationen dürfen nicht unterdrückt oder verschwiegen werden.

Falsche Tatsachen verbreitet

«Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hannes Germann haben an der [Medienkonferenz vom 14. Januar 2021](#) bewusst den Eindruck erweckt, dass die Schaffhauser Regierung einen Entschluss getroffen hat, als E-ID-Anbieter für die ganze Schweiz eine Lösung aus rein staatlicher Hand zu wollen. Dies entspricht nicht der Wahrheit», sagte Co-Kampagnenleiter Daniel Graf.

Aus den veröffentlichten Dokumenten und Medienartikel, darunter eine Recherche der Schaffhauser [AZ](#), wird deutlich, dass Mitarbeitende von Bundesrätin Keller-Sutter gezielt auf die «Breaking News» hingearbeitet hat. Auch die [NZZ](#) kommt zum Schluss: «Die Aktion [an der Medienkonferenz

p Verwendung von Cookies

Wir verwenden Cookies, um das Browsing-Erlebnis, die Sicherheit und die Datenerfassung zu verbessern. Indem Sie dies akzeptieren, stimmen Sie der Verwendung von Cookies für Werbe- und Analysezwecke zu. Sie können Ihre Cookie-Einstellungen jederzeit ändern. [Erfahren Sie mehr](#)

Alle akzeptieren

Einstellungen

Alle ablehnen

t an der Urne zu erwarten ist, macht die Graf. Nur mit diesem Vorgehen ist es möglich, dass man und eine Wiederholung des Volksentscheids zu verhindern. Eine Beschwerde im Kanton Basel-Stadt, der als erste Instanz

[Abstimmungsbeschwerde: Eidgenössische Abstimmung vom 7. März 2021 über das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste \(E-ID-Gesetz\), 22. Februar 2021 \(PDF\)](#)

Medienberichte

- Schaffhauser AZ 18. Februar 2021
- NZZ 18. Februar 2021
- Watson 19. Februar 2021
- Le Temps 20. Februar 2021
- Schaffhauser Nachrichten 21. Februar 2021

Weitere Informationen zum E-ID-Referendum finden Sie auf: www.e-id-referendum.ch

< Bisherige

Nächster >

Wir verschicken eine Million Schweizer Pässe – mit Ihrer...

< Zurück zur Website

Verwendung von Cookies

Wir verwenden Cookies, um das Browsing-Erlebnis, die Sicherheit und die Datenerfassung zu verbessern. Indem Sie dies akzeptieren, stimmen Sie der Verwendung von Cookies für Werbe- und Analysezwecke zu. Sie können Ihre Cookie-Einstellungen jederzeit ändern. [Erfahren Sie mehr](#)

Alle
akzeptieren

Einstellungen

Alle
ablehnen